

# STELLUNGNAHME

## ZU DEN KÜRZUNGEN IM BEREICH FAMILIE, JUGEND UND BILDUNG IN BERLIN

Berlin, 26.03.2025

### **Gewährleistung einer stabilen und bedarfsgerechten Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Familien, Kinder und Jugendliche**

**Es ist Aufgabe der Politik Familien zu stärken – und dadurch gerade in unbeständigen Zeiten sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken. Träger von Angeboten brauchen Handlungssicherheit.**

Die Etatkürzungen im Dritten Nachtragshaushalt 2024/2025 vom 19.12.2024 und die veröffentlichte Kürzungsliste im Bereich Bildung, Jugend und Familie vom 20.02.2025 für das Jahr 2025 treffen wichtige Angebote für Familien, z. B. bei der Familienförderung und -bildung. Die unangekündigten kurzfristigen Entscheidungen zu Kürzungen und Streichungen der Finanzierung von Angeboten und Projekten gefährden teilweise wichtige Präventions- und Unterstützungsstrukturen, die gerade erst im letzten Jahr bzw. in den letzten Jahren mühsam aufgebaut wurden und durch hohe Facharbeit bereits Erfolge erzielen konnten. Plötzliche Leistungsunterbrechungen oder -auflösungen führen zu nachhaltigen Schäden in den Angebotsstrukturen und einem Vertrauensbruch bei den Familien, die im Hilfeprozess ihre Bezugs- und Schutzpersonen verlieren.

Notwendige Einsparungen im Landeshaushalt und damit verbundene Streichungen und Kürzungen bei Projekten und Angeboten müssen auf Folgen geprüft und nach klaren Kriterien erfolgen, damit sie nicht diejenigen treffen, die der Unterstützung am meisten bedürfen. Vielfältige Familien benötigen auch spezielle und unterschiedliche Angebote, die auf ihre Bedürfnisse eingehen und Begleitung bei dem oft komplexen Unterstützungssystem anbieten können. Dies ist insbesondere für Familien in herausfordernden Situationen häufig notwendig, z. B. für armutsbetroffene und -bedrohte Familien, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien, Familien mit kranken und/oder pflegebedürftigen Kindern oder Elternteilen, zugewanderte Familien. Die getroffenen Kürzungsentscheidungen sind diesbezüglich zu evaluieren und ggf. anzupassen.

Die Art und Weise der Mittelkürzungen erfolgte extrem kurzfristig, intransparent, ohne Vorankündigung, ohne nachvollziehbare Kriterien, ohne Abstimmung mit den Trägerverbänden und ohne Absprache wie die Facharbeit und Unterstützungsstrukturen schadensfrei gekürzt oder beendet werden sollen. Die kurzfristige Streichung von teilweise kompletten Projekten bringt auch etablierte Träger in finanzielle Schieflagen, da Arbeitsverträge nicht kurzfristig gekündigt werden können und arbeitsrechtliche Verpflichtungen weiterlaufen.

Das führt zu einer großen Handlungsunsicherheit und infolgedessen zu vermeidbaren Angebots- und Leistungskürzungen bei den Trägern und gefährdet die notwendige vertrauensbasierte, wertschätzende Zusammenarbeit zwischen dem Land Berlin und der Träger- und Verbandslandschaft. Dies gilt es dringend wiederherzustellen. Für ein effektives Arbeiten brauchen Träger Planungssicherheit.

Das Verfahren von Mittelkürzungen ist zu verbessern: Absprache mit Fachstellen zur Folgeabschätzung inkl. rechtlicher Möglichkeiten und einschränkender Bedingungen, ausreichend zeitlicher Vorlauf, um Strukturen sozial und rechtssicher sowie partnerschaftlich zurückzubauen, wertschätzende Kommunikation für die engagierte Arbeit von Mitarbeitenden und Trägern.

Der Berliner Beirat für Familienfragen sieht weitere Kürzungen im Bereich Familie kritisch. In Anbetracht angekündigter fortsetzender Einsparungen ist darauf zu achten, dass im Land Berlin eine bedarfsgerechte verlässliche Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Familien, Kinder und Jugendliche gewährleistet wird. Es gilt präventive, leicht zugängliche Angebote zu erhalten und zu stärken.

Familien sind zu stützen, um als resilientes Gefüge Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen, Halt zu geben und darüber auch die Gesellschaft in Zeiten multipler Krisen zu stützen.

Der Berliner Familienbericht 2025 befasst sich mit der Situation und Lage von Familien in Berlin in instabilen Zeiten und gibt der Politik Handlungsempfehlungen, wie sie Familien stärken kann. Der Bericht wird vom Berliner Beirat für Familienfragen erstellt und am 12. Mai 2025 an den Berliner Senat übergeben.

**Der Berliner Beirat für Familienfragen** ist ein von der Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie berufenes, unabhängiges, ehrenamtliches, gesellschaftlich repräsentatives Gremium, das sich aus den verschiedenen Akteur\*innen der Gesellschaft zusammensetzt. Der Beirat berät den Senat in Fragen der Familienpolitik, gibt Impulse für familienpolitische Maßnahmen und setzt sich für die Interessen der Berliner Familien ein. Dafür tauscht er sich regelmäßig mit Familien aus und veröffentlicht in jeder Legislaturperiode einen Familienbericht für das Land Berlin.

**Kontakt:**

Berliner Beirat für Familienfragen, c/o Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin  
Ostseestraße 109, 10409 Berlin | Tel.: 030-2847019-60 | E-Mail: [post@familienbeirat-berlin.de](mailto:post@familienbeirat-berlin.de)

[www.familienbeirat-berlin.de](http://www.familienbeirat-berlin.de) |  [familienbeirat\\_berlin](#) |  FamilienbeiratBerlin

Der Berliner Beirat für Familienfragen wird von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gefördert. Trägerin der Geschäftsstelle ist die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin, [jfsb.de](http://jfsb.de).